

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XIX
1. Teil. Zur Bearbeitung öffentlich-rechtlicher Klausuren	1
2. Teil. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts	5
1. Abschnitt. Das Urteil	5
§ 1. Übersicht	5
§ 2. Das Rubrum	5
I. Einleitung	5
II. Die Beteiligten	6
1. Die Bezeichnung der Beteiligten	6
2. Die einzelnen Beteiligten	6
3. Rechtsträger- und Behördenprinzip	8
III. Die Bezeichnung des Streitgegenstandes	10
IV. Die Bezeichnung des Gerichts	10
V. Muster eines Rubrums	11
§ 3. Der Tenor	12
I. Allgemeines	12
II. Tenorierungsbeispiele	13
§ 4. Der Tatbestand	33
I. Grundsätzliches	33
II. Der Aufbau des Tatbestandes	35
1. Übersicht	35
2. Der Einleitungssatz	35
3. Feststehender Sachverhalt	36
4. Die Verfahrensgeschichte	37
5. Die Klageerhebung	38
6. Das Klägervorbringen	38
7. Der Klägerantrag	39
8. Der Beklagtenantrag	41
9. Das Beklagtenvorbringen	41
10. Der Beigeladenenantrag und das Beigeladenenvorbringen	41
11. Repliken und Dupliken	41
12. Die Prozessgeschichte	41
13. Der Schlusssatz	43
§ 5. Die Entscheidungsgründe	43
I. Grundsätzliches	43
1. Der Urteilsstil	43
2. Die Rechtsansichten der Beteiligten	44
3. Aufbau und Subsumtion	45
4. Die Darstellung von Meinungsstreiten	46
5. Richtige Schwerpunktbildung	47
6. Die Beweiswürdigung	48
II. Die Erörterung spezieller Prozessfragen	48
III. Auslegung des Klagebegehrens und Klageänderung	51
1. Die Ermittlung des Klagebegehrens	51
2. Die Klageänderung	53
IV. Die Bekanntgabe des Ergebnisses	55

V. Die Zulässigkeit der Klage	55
1. Allgemeines	55
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen	55
b) Objektive und subjektive Klagehäufung	56
c) Zur Reihenfolge der Prüfung	57
2. Der Verwaltungsrechtsweg	58
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen	58
b) Verwaltungsrechtsweg kraft rechtswegüberschreitender Sachkompetenz	58
c) Bedeutung des § 17a GVG	59
d) Formulierungsbeispiel	61
e) Abgrenzung zum Zivilrechtsweg	63
f) Nichtverfassungsrechtliche Streitigkeit	67
g) Aufdrängende Sonderzuweisungen	67
h) Sonderzuweisung für Justizverwaltungsakte	68
i) Abdrängende Sonderzuweisung nach Landesrecht	69
j) Die Rechtswegzuweisung nach § 40 Abs. 2 Satz 1 VwGO	70
k) Aufrechnung mit einer rechtswegfremden Forderung	72
3. Ordnungsgemäße Klageerhebung	73
a) Die Form der Klageerhebung	73
b) Der Inhalt der Klageschrift	75
c) Bedingungslosigkeit der Klageerhebung	76
4. Die statthafte Klageart	76
a) Die Anfechtungsklage	76
b) Die Verpflichtungsklage	87
c) Die allgemeine Leistungsklage	87
d) Die Fortsetzungsfeststellungsklage	88
e) Die Feststellungsklage	91
5. Die Klagebefugnis	95
a) Aktive Prozessführungsbefugnis	95
b) Möglichkeit einer subjektiven Rechtsverletzung	96
c) Anfechtungsklage	98
d) Verpflichtungsklage	102
e) Fortsetzungsfeststellungs-, Feststellungs- und Leistungsklage	103
f) Verfahrensvorschriften als subjektiv-öffentliche Rechte	104
g) Verwirkung der Klagebefugnis	105
h) Abweichende gesetzliche Regelungen	105
6. Das Rechtsschutzbedürfnis	106
a) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage	106
b) Feststellungs- und Fortsetzungsfeststellungsklage	108
7. Die ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens	111
a) Erforderlichkeit des Vorverfahrens	111
b) Gesetzliche Ausnahmen von der Erforderlichkeit des Vorverfahrens	111
c) Der Fortsetzungsfeststellungswiderspruch	112
d) Sacheinlassung durch den Beklagten	113
e) Verzicht auf die Durchführung des Vorverfahrens	115
f) Sachentscheidung durch Widerspruchsbehörde trotz Verfristung	115
g) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	116
h) Die Untätigkeitsklage	116
8. Die Einhaltung der Klagefrist	118
a) Die Klagefrist	118
b) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	122
c) Keine Klagefrist bei vorprozessual erledigten Verwaltungsakten	124
9. Die Beteiligungs- und Prozessfähigkeit	124
10. Ordnungsgemäße Vertretung	126
11. Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts	126
VI. Die Begründetheit der Klage	126
1. Die Aktiv- und Passivlegitimation	126

2. Die Begründetheit der Anfechtungsklage	130
a) Gegenstand der Anfechtungsklage	130
b) Der Obersatz	131
c) Die Benennung der Rechtsgrundlage	132
d) Die Wirksamkeit der Rechtsgrundlage	133
e) Die Prüfung der formellen Rechtmäßigkeit	135
f) Die Prüfung der materiellen Rechtmäßigkeit	136
g) Formulierungsbeispiel zur Begründetheitsprüfung	149
h) Die reformatio in peius	151
3. Die Begründetheit der Verpflichtungsklage	157
a) Der Obersatz	157
b) Die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen	158
c) Maßgeblicher Zeitpunkt der Sach- und Rechtslage	159
d) Herstellung der Spruchreife	159
e) Subjektive Rechtsverletzung	160
f) Formulierungsbeispiele	161
4. Die Begründetheit der Leistungsklage	161
a) Folgenbeseitigungsanspruch/öffentlich-rechtlicher Abwehranspruch/öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch	161
b) Der öffentlich-rechtliche Erstattungsanspruch	163
5. Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	163
6. Die Begründetheit der Feststellungsklage	165
VII. Die Begründung der Nebenentscheidungen	166
§ 6. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter	168
§ 7. Der Streitwertbeschluss	169
2. Abschnitt. Der Gerichtsbescheid	170
3. Abschnitt. Der Beschluss im vorläufigen Rechtsschutzverfahren	171
§ 8. Allgemeines	171
§ 9. Der Aufbau des Beschlusses	173
§ 10. Das Rubrum	174
§ 11. Der Tenor	175
I. Allgemeines	175
II. Tenorierungsbeispiele	175
§ 12. Die Gründe	187
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes	187
II. Die rechtliche Würdigung	189
§ 13. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter	191
§ 14. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	191
I. Einleitung	191
II. Die Zulässigkeitsprüfung	192
III. Die Begründetheitsprüfung	193
1. Der richtige Antragsgegner	193
2. Die formelle Rechtmäßigkeit der Anordnung der sofortigen Vollziehung	193
a) Das Begründungserfordernis nach § 80 Abs. 3 Satz 1 VwGO	193
b) Anhörung vor der Anordnung der sofortigen Vollziehung?	196
3. Die materielle Begründetheit	196
a) Der Prüfungsumfang des Gerichts	196
b) Die Prüfung der offensichtlichen Rechtmäßigkeit des VA	198
c) Das besondere Vollzugsinteresse	199
d) Formulierungsbeispiel	200
§ 15. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung	203
I. Der Anwendungsbereich des § 80 Abs. 5 Satz 1 1. Alt. VwGO	203
II. Die Prüfung des Antrags auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung ..	205
1. Die Zulässigkeitsprüfung	205

2. Die Begründetheitsprüfung	206
3. Formulierungsbeispiel	208
§ 16. Die gerichtliche Feststellung der aufschiebenden Wirkung bei faktischer Vollziehung des VA	208
I. Statthafte Antragsart	208
II. Der Aufbau des Beschlusses	209
III. Formulierungsbeispiel	209
§ 17. Das vorläufige gerichtliche Rechtsschutzverfahren beim VA mit Doppelwirkung	211
I. Einleitung	211
II. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Anordnung der aufschiebenden Wirkung	212
1. Die Zulässigkeitsprüfung	212
2. Die Begründetheitsprüfung	213
3. Formulierungsbeispiel	214
III. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Aufhebung der Anordnung der sofortigen Vollziehung	215
1. Die Zulässigkeitsprüfung	215
2. Die Begründetheitsprüfung	215
3. Formulierungsbeispiel	216
IV. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Anordnung der sofortigen Vollziehung	217
1. Der gerichtliche Entscheidungsmaßstab	217
2. Formulierungsbeispiel für einen Antrag nach § 80a Abs. 3 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO	217
3. Formulierungsbeispiel für einen Antrag nach § 80a Abs. 3 i. V. m. Abs. 2 VwGO	218
§ 18. Die Aufhebung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 Satz 3 VwGO	219
§ 19. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	220
I. Allgemeines	220
1. Typische Klausurthemen	220
2. Das Verfahren nach § 123 VwGO	220
II. Der Aufbau des Beschlusses nach § 123 VwGO	221
1. Die Zulässigkeitsprüfung	221
2. Die Begründetheitsprüfung	222
a) Der richtige Antragsgegner	222
b) Unterscheidung von Sicherungsanordnung und Regelungsanordnung	223
c) Glaubhaftmachung von Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	223
d) Keine Vorwegnahme der Hauptsache	225
e) Reihenfolge der Prüfung	225
f) Der rechtliche Prüfungsmaßstab	226
g) Formulierungsbeispiel für eine Regelungsanordnung	229
§ 20. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	230
4. Abschnitt. Sonstige Beschlüsse des Verwaltungsgerichts	232
§ 21. Der Beschluss bei übereinstimmender Erledigung der Hauptsache	232
I. Das Verfahren bei übereinstimmender Erledigungserklärung	232
II. Der Aufbau des Beschlusses	233
III. Formulierungsbeispiel	234
§ 22. Die Vorabentscheidung über die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	235
I. Voraussetzungen für eine Vorabentscheidung	235
II. Der Aufbau des Beschlusses	235
III. Formulierungsbeispiel für einen Verweisungsbeschluss	236

§ 23. Der Vorlagebeschluss	238
I. Der Vorlagebeschluss an das BVerfG	238
II. Der Vorlagebeschluss an den EuGH	239
§ 24. Der Prozesskostenhilfebeschluss	240
I. Allgemeines	240
II. Aufbau des Beschlusses	241
III. Formulierungsbeispiel	242
3. Teil. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts	245
1. Abschnitt. Das Normenkontrollurteil nach § 47 VwGO	245
§ 25. Allgemeines	245
§ 26. Das Rubrum	246
§ 27. Der Tenor	246
§ 28. Der Tatbestand	247
§ 29. Die Entscheidungsgründe	247
I. Die Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	248
1. Die Statthafteigkeit des Antrags	248
2. Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts	249
3. Partei- und Prozessfähigkeit	250
4. Die Antragsbefugnis	250
5. Das Rechtsschutzinteresse	254
6. Form und Frist	255
II. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags	255
1. Allgemeines	255
2. Die Passivlegitimation	256
3. Die formelle Wirksamkeit der Rechtsnorm	257
a) Kommunalrechtliche Verstöße beim Zustandekommen des Bebauungsplans	257
b) Ordnungsgemäße Ausfertigung des Bebauungsplans	257
c) Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials	258
d) Sonstige formelle Fehler	261
e) Beachtlichkeit der Verfahrensfehler	261
4. Die materielle Wirksamkeit der Rechtsnorm	262
5. Die Nebenentscheidungen	263
§ 30. Die Rechtsmittelbelehrung	263
§ 31. Die Streitwertfestsetzung	263
§ 32. Formulierungsbeispiel	263
2. Abschnitt. Der Normenkontrollbeschluss nach § 47 VwGO	266
3. Abschnitt. Die einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren	267
4. Abschnitt. Das Berufungszulassungsverfahren	268
§ 33. Allgemeines	268
§ 34. Das Rubrum	268
§ 35. Der Tenor	269
§ 36. Die Gründe	270
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes	270
II. Die rechtliche Würdigung	271
1. Die Zulässigkeit des Berufungszulassungsantrages	271
a) Die Statthafteigkeit des Antrags	271
b) Die Form des Zulassungsantrags	271
c) Einhaltung der Antragsfrist	272
d) Beschwer	273
e) Darlegung der Zulassungsgründe	273

2. Die Begründetheit des Zulassungsantrags	275
a) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 1 VwGO	275
b) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 2 VwGO	277
c) Die Zulassungsgründe des § 124 Abs. 2 Nr. 3 und Nr. 4 VwGO ..	278
d) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 5 VwGO	279
3. Die Nebenentscheidungen	280
§ 37. Die Rechtsmittelbelehrung	280
§ 38. Formulierungsbeispiel	281
5. Abschnitt. Die Beschwerde	284
§ 39. Allgemeines	284
§ 40. Das Rubrum	284
§ 41. Der Tenor	284
§ 42. Die Gründe	285
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes	285
II. Die rechtliche Würdigung	285
1. Die Zulässigkeit der Beschwerde	285
2. Die Begründetheit der Beschwerde	287
§ 43. Formulierungsbeispiel	288
6. Abschnitt. Berufung und Revision	292
4. Teil. Die verwaltungsbehördlichen Entscheidungen	295
1. Abschnitt. Der Widerspruchsbescheid	295
§ 44. Allgemeines	295
§ 45. Der Eingangsteil	296
I. Der Eingangsteil in der Bescheidform	296
II. Der Eingangsteil in der Beschlussform	297
§ 46. Der Tenor	298
I. Allgemeines	298
II. Tenorierungsbeispiele	299
§ 47. Die Sachverhaltsdarstellung	304
§ 48. Die rechtliche Würdigung	306
I. Übersicht	306
II. Die Bekanntgabe des Ergebnisses	306
III. Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	306
IV. Die Zulässigkeit des Widerspruchs	308
1. Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	308
2. Die Statthaftigkeit des Widerspruchs	308
3. Die Widerspruchsbefugnis	309
4. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen	309
5. Das allgemeine Widerspruchsinteresse	310
6. Form und Frist des Widerspruchs	310
V. Die Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs	312
1. Die formelle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheids	312
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen	312
b) Zuständigkeit der Ausgangsbehörde	312
c) Anhörung vor Erlass des Verwaltungsakts	312
d) Die Begründung des Verwaltungsakts	314
e) Die Bekanntgabe des Verwaltungsakts	314
2. Die materielle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheids	315
3. Die Einschränkung der Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehö- de	317
4. Die reformatio in peius	320
5. Die Anordnung bzw. Aussetzung der sofortigen Vollziehung	320

VI. Die Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs	322
1. Die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen	322
2. Die Einschränkung der Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehörden	322
3. Die reformatio in peius	324
VII. Die Begründung der Kostenentscheidung	325
§ 49. Die Rechtsbehelfsbelehrung	325
§ 50. Die Begleitverfügungen	326
§ 51. Formulierungsbeispiel	328
2. Abschnitt. Der Abhilfebescheid	331
§ 52. Grundsätzliches	331
§ 53. Die Gestaltung des Abhilfebescheids	334
§ 54. Formulierungsbeispiel	335
3. Abschnitt. Der Vorlagebericht	338
§ 55. Grundsätzliches	338
§ 56. Formulierungsbeispiel	339
4. Abschnitt. Der Ausgangsbescheid	341
§ 57. Einführung	341
§ 58. Der Eingangsteil	341
§ 59. Der Tenor des Bescheids	343
I. Grundsätzliches	343
II. Der Hauptausspruch	343
III. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung	344
IV. Die Androhung von Zwangsmitteln	344
V. Die Kostenentscheidung	347
§ 60. Die Begründung des Bescheids	348
I. Funktion der Begründung	348
II. Die Sachverhaltsdarstellung	348
III. Die rechtliche Würdigung	348
1. Die Begründung der Hauptentscheidung	348
2. Die Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung	350
3. Die Androhung von Zwangsmitteln	350
4. Die Begründung der Kostenentscheidung	351
§ 61. Rechtsbehelfsbelehrung und Schlussformel	351
§ 62. Formulierungsbeispiel	351
5. Teil. Das öffentlich-rechtliche Gutachten	357
§ 63. Grundsätzliches	357
§ 64. Der Aufbau des öffentlich-rechtlichen Gutachtens	359
§ 65. Das Hilfgutachten	360
6. Teil. Die öffentlich-rechtliche Anwaltsklausur	363
§ 66. Übersicht	363
§ 67. Anwaltsgutachten und Mandantenschreiben	366
I. Allgemeines	366
II. Der Aufbau des Anwaltsgutachtens	367
1. Die Sachverhaltsdarstellung	367
2. Die rechtliche Würdigung	367
3. Formulierungsbeispiel für ein Anwaltsgutachten	368

III. Das Mandantenschreiben	370
1. Inhalt des Mandantenschreibens	370
2. Formulierungsbeispiel für ein Mandantenschreiben	371
§ 68. Entwurf einer Klageschrift	373
I. Der Eingangsteil	373
II. Die Klagebegründung	374
1. Die Sachverhaltsdarstellung	375
2. Die rechtliche Würdigung	376
III. Formulierungsbeispiel	379
§ 69. Entwurf eines vorläufigen Rechtsschutzgesuchs	383
I. Allgemeines	383
II. Formulierungsbeispiel	384
§ 70. Entwurf einer Klage- oder Antragsrwidernng	387
I. Allgemeines	387
II. Formulierungsbeispiel	388
§ 71. Entwurf einer Rechtsmittelbegründungsschrift	390
I. Die Berufungszulassungsschrift	391
1. Allgemeines	391
2. Formulierungsbeispiel	392
II. Die Beschwerdeschrift	395
1. Allgemeines	395
2. Formulierungsbeispiel	395
§ 72. Entwurf eines Widerspruchsschreibens	399
I. Allgemeines	399
II. Formulierungsbeispiel	400
§ 73. Entwurf von Rechtssätzen	402
I. Allgemeines	402
II. Formulierungsbeispiel	403
§ 74. Entwurf eines Vertrages	404
I. Allgemeines	404
II. Beispiel	405
§ 75. Entwurf eines Vergleichsvorschlags	407
I. Allgemeines	407
II. Formulierungsbeispiel	408
7. Teil. Der öffentlich-rechtliche Aktenvortrag	411
§ 76. Die Bedeutung des Aktenvortrags	411
§ 77. Der öffentlich-rechtliche Aktenvortrag in der Prüfung	412
I. Gegenstand des öffentlich-rechtlichen Aktenvortrags	412
II. Die Vorbereitung auf den Aktenvortrag	412
III. Der Vortrag in der mündlichen Prüfung	413
§ 78. Der Aufbau des öffentlich-rechtlichen Aktenvortrags	413
I. Die Einleitung	414
II. Die Sachverhaltsschilderung	414
III. Die rechtliche Würdigung	415
IV. Der konkrete Entscheidungsvorschlag	417
§ 79. Formulierungsbeispiel	417
8. Teil. Arbeitshilfen – Aufbauschemata zu den verschiedenen Aufgabenstellungen ..	423
§ 80. Entscheidungen des Verwaltungsgerichts im Hauptsacheverfahren	423
I. Die einzelnen Sachentscheidungs Voraussetzungen	423
II. Die einzelnen Klagearten	424
1. Die Anfechtungsklage	424
a) Zulässigkeit der Anfechtungsklage	424
b) Begründetheit der Anfechtungsklage	424

2. Die Verpflichtungsklage	425
a) Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	425
b) Begründetheit der Verpflichtungsklage	425
3. Die Leistungsklage	426
a) Zulässigkeit der Leistungsklage	426
b) Begründetheit der Leistungsklage	426
4. Die Fortsetzungsfeststellungsklage	426
a) Zulässigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	426
b) Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	426
5. Die Feststellungsklage	427
a) Zulässigkeit der Feststellungsklage	427
b) Begründetheit der Feststellungsklage	427
§ 81. Entscheidungen des Verwaltungsgerichts im vorläufigen Rechtsschutzverfahren	427
I. Die einzelnen Sachentscheidungs Voraussetzungen	427
II. Die einzelnen Antragsarten	428
1. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 Satz 1 2. Alt. VwGO	428
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 1 2. Alt. VwGO	428
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 1 2. Alt. VwGO	428
2. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 Satz 1 1. Alt. VwGO	428
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 1 1. Alt. VwGO	428
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 1 1. Alt. VwGO	429
3. Die Feststellung der aufschiebenden Wirkung bei faktischer Vollziehung des VA	429
a) Zulässigkeit des Antrags analog § 80 Abs. 5 Satz 1 oder 3 VwGO	429
b) Begründetheit des Antrags analog § 80 Abs. 5 Satz 1 oder 3 VwGO	429
4. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung zugunsten des Dritten beim VA mit Doppelwirkung	430
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 VwGO	430
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 VwGO	430
5. Die Aufhebung der Anordnung der sofortigen Vollziehung des VA zugunsten des Dritten beim VA mit Doppelwirkung	430
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO	430
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO	430
6. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung beim VA mit Doppelwirkung zugunsten des Begünstigten	431
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO	431
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO	431
7. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des VA mit Doppelwirkung zugunsten des Dritten	431
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 2 VwGO	431
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 2 VwGO	431
8. Die Aufhebung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 Satz 3 VwGO	432
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 3 VwGO	432
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 3 VwGO	432
9. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	432
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 123 VwGO	432
b) Begründetheit des Antrags nach § 123 VwGO	432
10. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	433
a) Zulässigkeit des Abänderungsantrags	433
b) Begründetheit des Abänderungsantrags	433

§ 82. Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts	433
I. Die Normenkontrollentscheidung nach § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO	433
1. Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	433
2. Begründetheit des Normenkontrollantrags	434
II. Die Normenkontrollentscheidung nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO	434
1. Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	434
2. Begründetheit des Normenkontrollantrags	435
III. Die Berufungszulassung nach §§ 124, 124a VwGO	435
1. Zulässigkeit des Antrags auf Zulassung der Berufung	435
2. Begründetheit des Antrags auf Zulassung der Berufung	435
IV. Die Beschwerde nach § 146 Abs. 1, 4 VwGO	436
1. Zulässigkeit der Beschwerde	436
2. Begründetheit der Beschwerde	436
§ 83. Entscheidungen im Verwaltungsverfahren	436
I. Der Widerspruchsbescheid	436
1. Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	436
2. Zulässigkeit des Widerspruchs	436
3. Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs	437
4. Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs	437
II. Der Ausgangsbescheid	438
1. Zuständigkeit der Ausgangsbehörde zum Erlass des Bescheids	438
2. Der belastende Verwaltungsakt	438
3. Der (begehrte) begünstigende Bescheid	438
Sachverzeichnis	441